



©AFP via Getty Images

Englisches Original unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/06/justice-remains-elusive-two-years-after-the-killing-of-palestinian-dissident-nizar-banat/>

NEWS

24. Juli 2023

PALÄSTINA:

Auch zwei Jahre nach der Tötung von Nizar Banat ist Gerechtigkeit für seinen Tod nur schwer zu erreichen

Zwei Jahre nachdem der palästinensische Dissident Nizar Banat in der Obhut palästinensischer Sicherheitskräfte ums Leben kam, ist es den palästinensischen Behörden immer noch nicht gelungen, seinen Tod wirksam zu untersuchen und sicherzustellen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Dass die nächste Verhandlung des laufenden Verfahrens gegen die vierzehn Sicherheitsoffiziere, die wegen seiner Festnahme angeklagt wurden, für den 26. Juni 2023 vor einem Militärgericht in Ramallah angesetzt ist, führt jede Unparteilichkeit und Fairness ad absurdum.

Nizar Banat war ein prominenter Aktivist und ausgesprochener Kritiker der palästinensischen Behörden in der besetzten Westbank und warf diesen unter anderem Korruption vor. Am 24. Juni 2021 stürmte eine Einheit, die aus Kräften des Sicherheitsdienstes der Palästinenserbehörde und des Palästinensischen Geheimdienstes zusammengesetzt war, das Haus, in dem sich Nizar Banat befand. Sie schlugen mit Knüppeln auf ihn ein und brachten ihn in einem Militärfahrzeug weg. Etwa eine Stunde später, verstarb er, während er ins Krankenhaus transportiert werden sollte.

„Vor zwei Jahren war Nizar Banat festgenommen und zu Tode geprügelt worden, als er sich in der Obhut der Palästinensischen Sicherheitskräfte befand. Seither ist es den Behörden nicht gelungen, diejenigen, die für seine Festnahme und für die Tötlichkeiten gegen ihn verantwortlich waren, zur Rechenschaft zu ziehen“, sagte Heba Morayef, die Regionaldirektorin der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

„Die wiederholten und ungerechtfertigten Verzögerungen, das Versagen, die Vorgehensweisen hochrangiger Sicherheitsoffiziere zu untersuchen, und die fortlaufende Kampagne der Einschüchterung und Schikanierung gegen Nizar Banats Familienmitglieder, all dies deutet auf ein koordiniertes Vorgehen der palästinensischen Behörden hin, das dazu dienen soll, dieses Verbrechen unter den Teppich zu kehren und eine Feststellung der Verantwortlichkeiten zu umgehen.“

Die palästinensischen Behörden haben vierzehn rangniedrige Sicherheitsoffiziere wegen des Todes von Nizar Banat unter Anklage gestellt. Höherrangige Bedienstete wurden indes nicht befragt, und es wurden auch keine Untersuchungen gegen diese eingeleitet. Der Gerichtsprozess gegen die Sicherheitsoffiziere wird von Militärgerichten durchgeführt, die für ihren Mangel an Unparteilichkeit und Unabhängigkeit weithin bekannt sind. Menschenrechtlichen Standards zufolge sollten Militärgerichtshöfe ihre Zuständigkeit auf militärische Verstöße durch militärisches Personal beschränken. Der Fall Nizar Banat muss dringend an ein ziviles Gericht übergeben werden, um Transparenz und Unparteilichkeit zu sicherzustellen.

NIZAR BANATS FAMILIE WEGEN IHRER SUCHE NACH GERECHTIGKEIT SCHIKANEN AUSGESETZT

Weil sie immer weiter um Gerechtigkeit ringt, ist Nizar Banats Familie mit Schikanen konfrontiert. Mehrere Familienmitglieder, die kein Blatt vor den Mund nehmen, sind mehrfach anhand fadenscheiniger Gründe willkürlich verhaftet oder aus ihren Arbeitsplätzen bei der palästinensischen Regierung entlassen worden.

Andere Familienmitglieder erzählten Amnesty International, dass Antworten auf Anfragen für Routineanträge bei Regierungsbüros grundlos um Monate hinausgeschoben werden. Seit seiner Aussage vor Gericht wurde einer von Nizar Banats Cousins bei sechs verschiedenen Gelegenheiten unter vorgeschobenen Gründen von Sicherheitsvertretern festgenommen und hat daraufhin jeweils zwischen vier und 28 Tagen in Haft verbracht.

„Die palästinensischen Behörden sind rechtlich verpflichtet, den vollen Schutz für alle Zeugen und Opfer, inklusive der Familie von Nizar Banat, zu gewährleisten. Durch ihre mangelnden Bemühungen, die Folterbeschwerden zu untersuchen, demonstrieren sie, dass ihre Zusagen zur Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit nur leere Versprechen bleiben“, sagte Heba Morayef.

Als Vertragspartei maßgeblicher internationaler Menschenrechtsabkommen wie des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte und der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung und ihres Zusatzprotokolls steht der Staat Palästina rechtlich in der Pflicht, eine unverzügliche, unparteiische und unabhängige Untersuchung der Verhaftung und Tötung von Nizar Banat sicherzustellen.

„Gegen alle, die verdächtig sind, für diese rechtswidrige Tötung verantwortlich zu sein, muss unabhängig und unparteiisch ermittelt werden, auch gegen diejenigen, die Nizar Banats Arrest angeordnet haben. Jeder, gegen den ein begründeter Verdacht der Verantwortung besteht, muss in einem fairen gerichtlichen Verfahren - ohne Rückgriff auf eine eventuelle Todesstrafe - strafrechtlich verfolgt werden. Über die Straflosigkeit darf nicht länger hinweggesehen werden“, so Heba Morayef.

HINTERGRUND

Vor zwei Jahren hatte der Tod im Gewahrsam von Nizar Banat weitläufige Proteste in der gesamten Westbank ausgelöst, auf die die palästinensischen Sicherheitskräfte mit exzessiver Gewalt reagierten. Diese Proteste richteten sich gleichzeitig auch gegen die weiteren und systematischen Menschenrechtsverletzungen, die von palästinensischen Behörden begangen werden, wie die willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen, die in den Haftanstalten der Westbank weit verbreitete Folter, das Versagen der Behörden, Beschwerden über Folter zu untersuchen und die Schikanierung von Häftlingen, um sie an der Meldung von Folter und Misshandlungen zu hindern. Diese Verstöße werden durch die andauernde Straflosigkeit, die Sicherheitskräfte und Geheimdienstler genießen, und durch die ausbleibenden Reaktionen von internationaler Seite noch begünstigt.

Die [jüngsten Arreste](#) von studentischen Aktivisten und Dissidenten, zusammen mit den Berichten über Folter, die sie an Amnesty International übermittelten, beweisen, dass der Fall Nizar Banat nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern Teil eines weitläufigen Musters von Menschenrechtsverletzungen ist, durch die Widerspruch und Kritik hinsichtlich der palästinensischen Behörden zum Schweigen gebracht werden sollen.